

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Belegungen nehmen die Anzeiger
mit der Nummer der Postanweisung
entgegen. — Erscheint wöchentlich.
Anspruch - Anschlag Nr. 53.

Postamt: Die Anzeiger werden
postfrei für den Postbezirk des Auer
Erzgebirges in Sachsen, sowie
für den Postbezirk des Erzgebirges,
Sachsen, postfrei in Sachsen,
amtliche Stelle Nr. 53.

Telegramme: Tageblatt Auergebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Nr. 100

Nr. 5

Mittwoch, den 7. Januar 1925

20. Jahrgang

Eine günstige Bilanz.

Von Finanzminister Dr. Reinhold.

Das erste Jahr der Großen Koalition, das Jahr 1924, war auch für uns in Sachsen das Jahr der Stabilisierung. Wir haben in Sachsen unseren öffentlichen Haushalt — hoffentlich endgültig — in Ordnung gebracht. Der erste Etat, den die Koalitionsregierung vorgelegt hat, hat ohne Fehlbeitrag abgeschlossen, und die sich bessernde wirtschaftliche Lage hat bewirkt, daß die Steuererträge höher gewesen sind, als man im Frühjahr 1924 vorsichtigerweise annehmen konnte. So ist es gelungen, die im Laufe des Jahres an die Staatskasse gestellten Mehrforderungen, vor allem für die Bewährungsschüler, aus den Mehreinnahmen zu befriedigen. Es wurde sogar möglich, im Dezember die allzu schwere Steuerlast für die Wirtschaft etwas zu mildern und gleichzeitig auf dem Gebiet der Mietzinssteuer dringend erwünschte soziale Erleichterungen zu schaffen.

Zu diesem günstigen Ergebnis hat die Erhaltung der deutschen Wirtschaft besonders auch der sächsischen, wesentlich beigetragen, vor allem dadurch, daß der sächsische Staat von der drückendsten Last, die bei Eintritt der Koalitionsregierung eine außerordentliche Sorge war, nämlich von der Erwerbslosenfürsorge, fast ganz befreit worden ist. Wir hatten Ende des Jahres 1923 in Sachsen 604 000 zu unterstützende Erwerbslose und Zuschlagsempfänger, und die Summe, die das Land für diese Unterstützung zu bringen mußte, belief sich damals auf annähernd eine Million Goldmark in der Woche! Ende 1924 waren insgesamt 88 000 Erwerbslose und Zuschlagsempfänger, deren Unterstützung ohne Inanspruchnahme von Landesmitteln ganz aus den Beiträgen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer gedeckt werden konnten.

Dazu kommt auf der anderen Seite, daß die besserbeschäftigte Wirtschaft selbstverständlich wesentlich höhere Steuererträge gebracht hat, so daß vor allem die Arbeitsgeberabgabe, die ja vom 15. Dezember an nur noch zur Hälfte erhoben wird, in den letzten Monaten sehr hohe Summen erbrachte.

Was die Staatswissenschaft anbetrifft, wurde durch die Gründung der Sächsischen Werke ebenfalls erhebliche Fortschritte erzielt. Der Ausbau des Böhleener Werks wurde so gefördert, daß die Inbetriebnahme der Breitenpressen im Frühjahr zu erwarten steht und daß gleichzeitig mit der Stromabgabe, wenn auch noch in beschränktem Umfang, begonnen werden kann. Ferner gelang es im Dezember, das große Stromleitungsnetz zu schließen, so daß nunmehr ganz Sachsen einheitlich mit Strom versorgt werden kann. Daneben wurde der Ausbau der Wasserkraft als Staatsaufgabe neu in Angriff genommen und wesentlich gefördert. Es wurden nun die Wasserkäufe zum Ausbau ausgedehnt, die einen dauernden wirtschaftlichen Nutzen versprechen. Die Bauten wurden so rasch und verhältnismäßig so billig — zum großen Teil unter den bei den Planungen angesehten Beträgen — gefördert, daß die Rentabilität sich vermutlich noch etwas günstiger stellen wird, als ursprünglich angenommen wurde. Die Wasserkraftanlage in Aue wird vermutlich noch vor dem 1. April, die bei Waldenburg und Klosterbusch im Laufe des Mai, die bei Wurzen im Spätsommer in Betrieb genommen werden. Ebenso wird die große Talsperrenanlage bei Muldenberg und die Trinkwassererzeugung, wenn keine besonderen Zwischenfälle eintreten, im Frühjahr fertig werden.

Freudlich ist auch, daß die Sächsische Staatsbank eine außerordentlich günstige Entwicklung genommen hat und durch vorsichtige Kreditgewährung der sächsischen Wirtschaft wesentliche Hilfe gebracht hat. Von allen größeren Verlusten ist die Staatsbank mit Ausnahme eines Falles, der die Städte- und Staatsbank der Oberlausitz betrifft und der weniger verlustreich ist, als zuerst angenommen, dank ihrer Vorsicht verschont geblieben.

Was das neue Jahr betrifft, wird alles davon abhängen, ob es den Bemühungen der sächsischen Regierung gelingt, beim neuen Finanzausgleich die schwere Benachteiligung Sachsens durch die Schlüsselverteilung der einzelnen Steuern zu beseitigen und durchzusetzen, daß den Steuerüberweisungen des Reiches das örtliche Aufkommen zugrunde gelegt wird.

Alles in allem hat das erste Jahr der Großen Koalition eine starke Konsolidierung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in Sachsen gebracht. Die Koalitionsparteien dürfen mit berechtigtem Stolz auf ihre Erfolge hinweisen, die um so größer sind, als vor einem Jahr wohl nur wenige Politiker der Regierung selbst ein so langes Leben prophezeit haben. Das bisherige Wirken der Koalition läßt auch für das zweite Jahr große Hoffnungen aufsteigen!

Die Note der Botschafterkonferenz überreicht.

Berlin, 5. Januar. Heute mittag um 11 Uhr erschienen die alliierten Botschafter unter Führung des englischen Botschafters Lord D'Abernon beim Reichstanzler um ihm die Note der Botschafterkonferenz in der Räumungsfrage zu überreichen. Die Note wird erst im Laufe des Nachmittags veröffentlicht werden. Der Empfang der Botschafter dauerte nur zehn Minuten.

Die Vertragsbruch-Note.

Der Wortlaut.

Die Kollektivnote der alliierten Regierungen über die Frage der Räumung der nördlichen Rheinlandzone lautet in deutscher Uebersetzung:

Artikel 428 des Vertrages von Versailles vom 28. Juni 1919 besagt, daß, um die Ausführung des genannten Vertrages durch Deutschland sicherzustellen, die deutschen Gebiete westlich des Rheins einschließlich der Brückenköpfe während eines Zeitraumes von 15 Jahren nach Inkrafttreten des Vertrages durch die Truppen der alliierten und assoziierten Mächte besetzt bleiben. Gemäß Artikel 429 wird die in Artikel 428 vorgesehene Besetzung, wenn die Bedingungen des genannten Friedensvertrages von Deutschland getreulich erfüllt werden, nach und nach bei Ablauf der ersten fünf, dann der ersten zehn Jahre eingeschränkt werden. Schon jetzt sind die alliierten Regierungen in der Lage, der deutschen Regierung, ohne den 10. Januar 1925 abzuwarten, mitzuteilen, daß sie den Beweis dafür erhalten haben,

daß Deutschland die im Artikel 429 vorgesehene Besetzung noch nicht erfüllt hat.

und bis zu diesem Datum nicht erfüllt haben können, um der Vergünstigung der Bestimmung über die vorzeitige teilweise Räumung teilhaftig werden zu können. Wenn man nur den Teil des Vertrages in Betracht zieht, so genügen die Ausführungen der Interalliierten Militärkontrollkommission vollkommen, die über den Stand der Ausführung der militärischen Bestimmungen gemacht wurden, um diese Entschärfungen der alliierten Regierungen hinreichend zu begründen. Es sind z. B., um nur einige wesentliche Punkte unter den jetzt schon bekanntgegebenen Tatsachen hervorzuheben,

folgende Feststellungen gemacht worden:

In Verletzung des Artikels 120 ist der Große Generalstab der Armee in einer anderen Form wiederhergestellt worden. In Verletzung des Artikels 174 sind Freiwillige auf kurze Zeit eingestellt und ausgebildet worden. Entgegen dem Artikel 168 ist die Umstellung der Fabriken für die Herstellung von Kriegsmaterial bei weitem noch nicht durchgeführt. Entgegen den Artikeln 164—169 sind bei der militärischen Ausrüstung überzählige Bestände jeder Art vorhanden und es sind Vorräte an Kriegsmaterial entdeckt worden. Entgegen dem Artikel 162 hat die Umorganisation der staatlichen Polizei noch nicht begonnen. Entgegen dem Artikel 211 hat die deutsche Regierung bei weitem noch nicht alle von den alliierten Regierungen in ihrer Note vom 29. September 1922 geforderten gesetzgeberischen und Verwaltungsmaßnahmen getroffen.

Die alliierten Regierungen rechnen übrigens mit dem baldigen Eintreffen des Berichtes der Interalliierten Militärkontrollkommission, der die Gesamtergebnisse der Generalinspektion wiedergibt. Dieser Bericht wird es ihnen ermöglichen zu bestimmen,

was von Deutschland noch erwartet werden muß,

damit seine Verpflichtungen auf militärischem Gebiet gemäß den Bestimmungen des Artikels 429 als „getreulich erfüllt“ betrachtet werden können. Eine weitere Mitteilung hierüber wird der deutschen Regierung zugesagt. Gezeichnet C. Della Fosse, P. de Margerie, D'Abernon, Donba.

Scharfe Angriffe gegen Stresemann.

Berlin, 5. Jan. In der Sitzung des Auswärtigen Ausschusses am Sonnabend wurden Beschlüsse nicht gefaßt. Es kam mehrfach zu scharfen Angriffen, besonders der rechten Parteien, auf die Außenpolitik Stresemanns, die schon in London die Nichtabkündigung des Bündnisvertrages und diese Nichtabkündigung durch Aufnahmeverpflichtungen der Entente in das Londoner Protokoll ummöglich hätte machen sollen.

Der Außenminister ergriff mehrmals das Wort zur Verteidigung seiner Politik.

Die Redner der Sozialdemokraten, des Zentrums und der Demokraten traten für die Stresemannsche Politik ein; die Redner des Zentrums mit Vorbehalt.

Der neue Reichstag.

Vor der Eröffnung.

Berlin, 5. Jan. In der ersten Mittagsstunde stüllte sich allmählich das Haus des Reichstages. In allen Portalen herrschte großer Andrang und Schachbrettlisten sowie Beamte des Reichstages führten an den Türen und Türen die Kartenkontrolle streng durch. An den Straßenecken der Bannmeile war verstreute Schupo zu sehen. Irrendwelse größere Demonstrationen haben sich aber nicht ereignet. Ein kommunistischer Trupp mit einer roten Fahne konnte mühelos aufgelöst werden. Die Einlasskarten zu den Tribünen waren schon vor drei Tagen vergriffen. Um 3 Uhr waren die Tribünen überfüllt. Die Diplomatenloge war gut besetzt. Auch auf der Pressetribüne herrschte großer Andrang, insbesondere von Ausländern und Herren aus dem Ausland.

Die Eröffnung.

Um 3.15 Uhr, als Saal und Tribünen überfüllt sind, bestieg der Alterspräsident, der 79jährige Sozialdemokrat Bod, den kaiserschen Sessel und erteilt die Rede, um die Sitzung zu eröffnen. Schon setzen die Kommunisten mit Rabau und den Rufen „Amnestie! Amnestie!“ ein. Herr Bod erklärt nachdrücklich, daß diese erste Sitzung lediglich geschäftlicher Natur sei und keinerlei Worterteilung, wie sie die Linke erzwingen will, vorgenommen werden könne. Und merkwürdigerweise legt sich das aufsteigende Wetter! Man beruhigt sich bei den Kommunisten. Auf jeden Fall ist die Stimmung bei den Radikalen bemerkenswert flau, und der Namensaufruf kann beginnen.

Die Stimmung bleibt flau, bis man nach Beendigung der Ausschaltung, die die Beschlussfähigkeit des Hauses ergab, den Kommunisten die Gelegenheit bot, ihre Wünsche von der Amnestie kurz vorzutragen. Es geschah von den Herren der Linken in der üblichen Weise. Es ist nun allerdings zu unterstreichen, zwischen dem allgemeinen Amnestiegedanken, der nur erfüllt werden kann durch ein neues Gesetz, wofür wenig Aussichten vorhanden sind, und der Freilassung der zur Zeit in Haft befindlichen Reichstagsabgeordneten. Allmählich kristallisiert sich die ganze Debatte um den letztgenannten Punkt. Von dem demokratischen Abgeordneten Dr. Scholz wurde der Antrag eingebracht, im Gegensatz zur Linken mit der Beratung über die Freilassung zu warten, bis ein beschlussfähiges Kabinett gebildet sei. Scholz trat dafür ein, dem Alterspräsidenten das Recht zu geben, den Reichstag zum geeigneten Zeitpunkt wieder zusammenzurufen, sich bis dahin aber zu betragen. Man einigte sich schließlich dahin, wie ursprünglich vorgesehen war, für den nächsten Mittwoch die Wahl des Präsidenten anzusetzen, zu gleicher Zeit aber auch den Antrag auf Amnestierung der inhaftierten Abgeordneten. Somit ging die erste Sitzung, die zwar einen lebhaften Meinungsaustrausch brachte, doch vorüber, ohne größere Standalzenen zu zeitigen. Man hatte aber das Gefühl, daß Stoff genug in der Luft liegt, um später Konflikte verschiedenster Art herauszubekommen.

Die demokratische Reichstagsfraktion

trat am Montag vor der Eröffnung des Reichstages und dann im Anschluß an die erste Plenarsitzung in Beratungen zusammen. Zunächst wurde als Geschäftsführer der Fraktion das Fraktionsmitglied Staatsminister a. D. Rönneburg einstimmig gewählt. Darauf gab der Vorsitzende Abg. Koch einen Überblick über die politische Lage. Bezüglich der Wahl des Reichstagspräsidenten herrschte in der Fraktion volle Uebereinstimmung darüber, daß man für die Wiederwahl von Bode eintreten werde, falls er von der sozialdemokratischen Fraktion wieder als Kandidat präsentiert wird. Die spätere Sitzung beschäftigte sich mit Vorschlägen der Fraktion, die zum größten Teil bereits von einzelnen Mitgliedern vorbereitet waren.

Die Kommunisten im neuen Reichstag.

Berlin, 5. Jan. Die kommunistische Fraktion des neuen Reichstages ist in der ersten Sitzung beschlussfähig schwach vertreten. Mehrere ihrer Mitglieder befinden sich in Untersuchungshaft. Der Abgeordnete Kop wird noch in Wien festgehalten und wird dort voraussichtlich eine mehrwöchige Gefängnisstrafe wegen Führung eines falschen Passes verbüßen müssen. Zum Führer ist inzwischen freigelassen worden, aber noch nicht in Berlin eingetroffen. Klara Zetkin befindet sich in Moskau. Eine ganze Reihe anderer Abgeordneter, die schließlich verfolgt werden, werden erst in den nächsten Tagen eintreffen, wenn durch die Eröffnung des Reichstages ihre Immunität gelichtet ist.

Nach Witter nach Deutschland abgehoben.

Wien, 5. Jan. Der „Sozialist“ berichtet aus Wien: Die deutsche kommunistische Reichstagsabgeordnete